

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 282 (2003)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-377218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

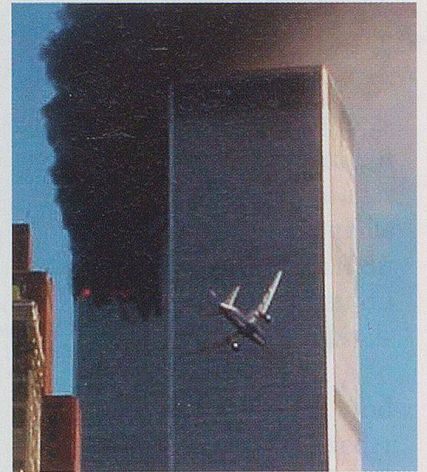
WALTER BÜHRER, TROGEN

Es gibt Jahre, die sich unauslöschlich ins Gedächtnis der Menschheit eingraben. Andere hinterlassen im Strom der Geschichte kaum Spuren. Zu den Ersteren gehören – um nur ins letzte Jahrhundert zurückzublicken – 1914 und 1939 (die Entfesselung der beiden Weltkriege), 1945 (Hiroshima) und 1989 (Fall der Berliner Mauer). Auch das Jahr 2001 – genauer: der 11. September 2001 – wird im kollektiven Gedächtnis haften bleiben: Minutiös geplante Terrorattacken im Kamikaze-Stil legten an diesem Tag das World Trade Center in New York und einen Teil des Pentagons in Washington in Schutt und Asche. Der «Angriff auf Amerika» überstieg alles bisher Vorstellbare. Nie zuvor waren die Verwundbarkeit und Zerbrechlichkeit der modernen Zivilisation so schonungslos offen gelegt worden. Der Anschlag konfrontierte die Welt mit der Möglichkeit eines Terrorismus, der tausende, wenn nicht gar Millionen von Opfern in Kauf nehmen und auch vor dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln nicht zurückschrecken würde. Und er räumte mit der Vorstellung auf, dass es Regionen oder Erdteile geben könnte, die sich aus gewaltsamen Verstrickungen heraushalten könnten. Der Friede bleibt auch

in einer zunehmend globalisierten Welt ein gefährdetes Gut – in Amerika nicht anders als in Europa, Afrika und Asien.

Der 11. September 2001

Der 11. September 2001 begann in den USA wie ein ganz gewöhnlicher Tag. Nichts deutete auf ein besonderes Ereignis hin. Auch in New York fuhren Millionen Menschen zur Arbeit oder befanden sich schon dort, als um 08.46 Uhr ein von Terroristen entführtes Verkehrsflugzeug der American Airlines, eine Boeing 767, in den Nordturm des World Trade Centers hineinraste. Da der Fernsehsender CNN unmittelbar nach dem ersten Aufprall Bilder vom brennenden World Trade Center auszustrahlen begann, wurden Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt Zeugen, wie 18 Minuten später ein zweites Passagierflugzeug, eine Boeing 767 der United Airlines, nach einem eleganten Bogen in den Südturm einschlug und einen riesigen Feuerball auslöste. Eine Stunde später erlebte eine schockierte Welt, wie die beiden WTC-Türme in einer gigantischen Staubwolke versanken. Tausenden gelang in der Zwischenzeit noch die Flucht über die Treppenhäuser ins Freie; viele andere blieben in Aufzügen



Wie in einem Horrorfilm: Ein entführtes Passagierflugzeug rast in den Südturm des World Trade Centers, während aus dem Nordturm bereits dichter Rauch qualmt.

stecken oder sahen angesichts des Feuers jegliche Fluchtmöglichkeiten abgeschnitten. Im oberen Teil des World Trade Centers spielten sich entsetzliche Dramen ab; dutzende von Menschen sprangen angesichts des herannahenden Feuers in den sicheren Tod. Unter den Opfern befanden sich auch zahlreiche Feuerwehrleute, die sich mutig in die brennenden Wolkenkratzer hineingewagt hatten. Die genaue Zahl der Getöteten wird sich nie mit letzter Gewissheit eruieren lassen. Nachdem anfänglich bis zu 6500 Opfer befürchtet worden waren, reduzierte sich die Zahl schliesslich auf noch rund 3000. Dass es

nicht mehr waren, lag einerseits an der noch frühen Morgenstunde; viele der gegen 50 000 im World Trade Center beschäftigten Menschen waren zu dieser Zeit noch nicht an der Arbeit. Auch der Touristenstrom hinauf auf die Aussichtsplattformen der Zwillingtürme – täglich wurden im Durchschnitt an die 80 000 Besucher gezählt – hatte an diesem sonnigen Frühherbsttag noch nicht eingesetzt.

Auch die Hauptstadt Washington wurde von diesem bisher schlimmsten Terrorangriff heimgesucht: Eine dritte entführte Maschine, eine Boeing 757 der American Airlines, flog

direkt ins Pentagon, das US-Verteidigungsministerium, am Ufer des Potomac hinein. Ein viertes Passagierflugzeug, eine Boeing 757 der United Airlines, stürzte in Pennsylvania über einem offenen Feld ab. Seine Passagiere waren über Handys vom Schicksal der drei andern Maschinen unterrichtet worden und hatten den Entführern mutig Widerstand geleistet. Andernfalls wäre diese vierte Maschine, wie sich später herausstellte, entweder ins Capitol, den Sitz des US-Kongresses, oder ins Weisse Haus hineingesteuert worden.

Die Ziele waren sehr bewusst gewählt worden. Capitol, Weis-

ses Haus und Pentagon repräsentieren die politische und militärische Macht der USA. Das World Trade Center symbolisierte wie kein anderes Gebäude die Wirtschaftsmacht Amerikas. Seine 419,7 Meter hohen Zwillingtürme mit ihren 110 Stockwerken überragten alle andern Wolkenkratzer New Yorks und prägten während drei Jahrzehnten die Silhouette der Metropole. Im WTC waren die Rohstoff- und Warenterminbörse, Büros von internationalen Handelsorganisationen, Banken, Versicherungen und anderen Unternehmen, ein Hotel sowie wissenschaftliche Institute untergebracht. Ent-



Fotos: Keystone

Ein Bild des Grauens: Vom New Yorker World Trade Center blieben lediglich skelettartige Stahlstrukturen stehen.

sprechend gross waren die wirtschaftlichen Auswirkungen der Anschläge: Insbesondere im Luftverkehr und im Tourismus gingen hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren.

Bin Laden und al-Qaida

Im Februar 1993 war das World Trade Center bereits einmal Ziel eines Anschlags islamischer Terroristen gewesen. Bei diesem Bombenattentat starben sechs Menschen, die materiellen Schäden beliefen sich auf schätzungsweise 600 Millionen US-Dollar. Nach dem 11. September förderten die Ermittlungen rasch zu Tage, dass 19 Personen arabischer Herkunft direkt in die Anschläge verwickelt waren und dass der saudische Millionär Osama bin Laden Drahtzieher gewesen war. Die Gewissheit darüber erhärtete sich in den folgenden Monaten, als mehrere Video-Bänder die zynischen Kommentare Bin Ladens nach den Terrorakten von New York und Washington dokumentierten. Gestützt auf ein breit gefächertes Netz in Europa, Asien und Amerika hatte Bin Ladens Organisation al-Qaida die Anschläge von langer Hand vorbereitet.

Bin Laden, Abkömmling einer ursprünglich jemenitischen Familie, hatte in den Achtzigerjahren mit dem amerikanischen Geheimdienst gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans zusammengearbeitet, sich dann aber später gegen die USA gewandt.

Seine Botschaften liess er auf Videos in der ganzen islamischen Welt verbreiten. Bin Ladens Hass entzündete sich insbesondere an der Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien, wo die heiligen Stätten der Muslime liegen, und an der Rückendeckung, die Amerika dem Staat Israel gewährt. Sein religiöser und politischer Fanatismus ging indessen darüber hinaus: Er richtete sich letztlich gegen die gesamte westliche Zivilisation, der er die Rückständigkeit der islamischen Welt zur Last legte.

Umfassende Antiterror-koalition

Der breite Widerhall, den die Anschläge der al-Qaida in der islamischen Welt fanden, schienen die Thesen des renommierten amerikanischen Politikwissenschafters Samuel Huntington vom unausweichlichen «Zusammenprall der Kulturen» («Clash of Civilizations») zu bestätigen. In zahlreichen Analysen wurden die Anschläge aber auch mit dem Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten und Dritter Welt in Verbindung gebracht. Dieser Deutung stand indessen die Tatsache entgegen, dass die 19 identifizierten Attentäter mehrheitlich aus begüterten Familien stammten; elf waren saudische Staatsangehörige. In der westlichen Welt blieben die Reaktionen gegenüber der arabisch-islamischen Welt trotzdem erstaunlich gemässigt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kam es

selbst in den USA kaum zu gewaltsamen Übergriffen auf Muslime; ostentativ besuchte US-Präsident George W. Bush wenige Tage nach dem 11. September eine Moschee in New York. Bushs Rhetorik nach den Terroranschlägen mochte diesseits des Atlantiks viele befremden, zumal Bush den Lapsus beging, das Vorgehen gegen den Terrorismus als «Kreuzzug» zu bezeichnen (was in der islamischen Welt mit heftigen Reaktionen quittiert wurde). Entgegen manchen Befürchtungen, die USA könnten unverhältnismässig reagieren und einen Flächenbrand im Mittleren Osten entfachen, handelte die Bush-Regierung sehr bedacht: Ehe sie militärisch gegen Afghanistan, den mutmasslichen Aufenthaltsort Bin Ladens, vorging, versicherte sie sich zunächst des uneingeschränkten Rückhalts der Nato-Partner. Es gelang ihr, praktisch sämtliche Staaten, auch China und Russland, in einer umfassenden Antiterrorkoalition zusammenzuschmieden. Am 28. September verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution gegen den Terrorismus, die auch das Recht auf militärische Aktionen einschloss, und am 2. Oktober stellte die Nato erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall fest. Damit verpflichteten sich die Nato-Staaten, die USA im Kampf gegen den Terrorismus militärisch zu unterstützen. Ausserminister Colin Powell achtete auch darauf, mässigend auf Isra-

el einzuwirken, und es gelang ihm, den pakistanischen Machthaber Musharraf, der einst die Machtergreifung der Taliban unterstützt hatte, von der Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens gegen Afghanistan zu überzeugen.

Neubeginn in Afghanistan

Den Taliban, einer von Studenten getragenen islamistischen Bewegung aus dem Mehrheitsvolk der Paschtunen, war es seit Herbst 1996 gelungen, weite Teile des Landes zu erobern. Ihr rigoroses Vorgehen gegen Kriegsfürsten und kriminelle Banden hatten ihnen anfänglich viel Unterstützung in der Bevölkerung eingetragen. Diese Sympathien verscherzten sie freilich in kurzer Zeit, indem sie das islamische Recht, die Scharia, in Kraft setzten. Dazu gehörten u.a. ein Schulverbot für Mädchen, generelle Berufsverbote für Frauen, rigide Bekleidungsvorschriften und öffentliche Hinrichtungen in Fussballstadien. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und die Gesellschaft für bedrohte Völker warfen den Taliban schwerste Menschenrechtsverletzungen vor. In den eroberten Gebieten des Nordens liessen die Taliban tausende von Zivilisten ermorden; besonders Tadschiken, Hazara und Usbeken fielen dem brutalen Vorgehen ihrer Milizen zum Opfer. Internationale Entrüstung rief der Beginn einer systematischen Kampagne zur Zerstörung aller

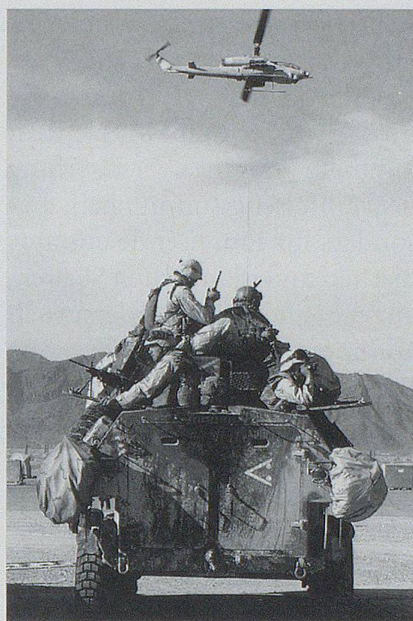


Foto: Keystone

Die Nordallianz stiess ins Zentrum Afghanistans vor und entriss den Taliban die Macht. In Kabul normalisierte sich das Leben nach jahrelanger Repression allmählich wieder.

vorislamischen Kunstwerke hervor; ihr fielen u.a. die beiden Buddha-Kolossalstatuen von Bamian und wertvolle Kunstschätze des Museums in Kabul zum Opfer. Im Januar 2001 verhängte die UNO ein Waffenembargo gegen die Taliban wegen deren Unterstützung des Terroristen Osama bin Laden. Ungeachtet dieses Druckes liessen die Taliban zu, dass al-Qaida in Afghanistan Ausbildungslager und Kommandozentralen unterhielt.

Am 7. Oktober begann der militärische Schlag gegen Afghanistan mit amerikanischen und britischen Luftangriffen auf die Taliban-Zentralen in Kabul und Kandahar. Rund einen Monat lang wurden Einrichtungen und Stellungen der Taliban bombar-

diert. Spezialeinheiten der USA agierten von Pakistan und Usbekistan aus. Mitte November überstürzten sich die Ereignisse: Nach der Eroberung der Stadt Mazar-i-Sharif konnte die Nordallianz der Taliban-Gegner rasch auf Kabul vorrücken. Am 13. November verschwanden die Taliban über Nacht aus Kabul; am 7. Dezember gaben die Taliban auch ihre Hochburg Kandahar im Südwesten des Landes auf. US-Truppen sorgten fortan im Verbund mit britischen, deutschen, kanadischen und türkischen Spezialeinheiten für die Sicherheit in den Städten und auf den Flughäfen des Landes. Mehrfach führten sie im gebirgigen Grenzgebiet zu Pakistan militärische Operationen durch, insbesondere gegen die Bergfestung «Bora Bora»; doch gelang es weder das Taliban-Oberhaupt Mullah Omar noch Osama bin Laden zu fassen.

Schwierig gestaltete sich der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. Am 5. Dezember unterzeichneten die Teilnehmer einer Afghanistan-Konferenz bei Bonn ein Abkommen, das den Weg für eine politische Neugestaltung ebnete. Vereinbart wurde die Einsetzung einer Übergangsregierung unter dem Vorsitz des Paschtunenführers Hamid Karzai, der Mitglieder aller ethnischen und religiösen Gruppierungen angehören sollten. Am 22. Dezember fand ihre Vereidigung statt, und im Januar 2002 einigte sich eine weitere Af-

ghanistan-Konferenz – diesmal in Tokio – auf Wiederaufbauhilfe im Umfang von 4,5 Milliarden Dollar. Offen blieb jedoch, ob das Land nach über zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg zu neuer Stabilität finden konnte: Ein halbes Jahr nach dem Machtwechsel hatten sich die ehemaligen Kriegsfürsten bereits wieder fest etabliert. Die traditionellen Stammesrivalitäten erschwerten den Aufbau nationaler Institutionen. Trotzdem kehrten hunderttausende von Menschen, die bei Beginn der Luftangriffe ins Nachbarland Pakistan geflüchtet waren, in ihre Heimat zurück. Am 13. Juni 2002 wählte die Grosse Ratsversammlung, die Loya Jirga, in Kabul Hamid Karzai definitiv zum Staatsoberhaupt des neuen Afghanistan. Dass auch eine Frau den Mut hatte, sich in der männlich dominierten Versammlung um das Staatspräsidium zu bewerben, zeigte, wie viel sich in dem südasiatischen Land seit dem Machtwechsel verändert hatte.

In den USA behielt der Kampf gegen den Terrorismus oberste Priorität auf der politischen Agenda. Schon im Oktober 2001 setzte Präsident Bush den «Patriot Act» in Kraft, ein umfangreiches Gesetzeswerk zur Bekämpfung des Terrorismus, das in erheblichem Umfang Eingriffe in die Bürger- und Persönlichkeitsrechte zuließ. Anfang Juni 2002 gab Bush ausserdem die Bildung eines Superministeriums für innere Sicherheit bekannt, nachdem sich herausge-

stellt hatte, dass CIA und FBI Hinweise auf die am 11. September geplanten Terrorangriffe missachtet hatten. Ausserdem kündigte er eine Verschärfung der Einreisebestimmungen, besonders für Einreisende aus arabischen und islamischen Staaten, an. Für heftigen Widerspruch auf internationaler Ebene sorgte Bush Anfang 2002, als er in seiner Rede zur Lage der Nation im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus von einer «Achse des Bösen» sprach, womit er die drei Staaten Iran, Irak und Nordkorea meinte. Zwar wurde der Begriff in der Folge relativiert; aber Bush hielt seine Drohungen vor allem gegen den Irak aufrecht.

Gewaltspirale im Nahen Osten

Kompliziert wurde der weltweite Kampf gegen den Terrorismus durch den Nahostkonflikt. Anfang Februar 2001 war Ariel Scharons Likud-Block als Sieger

aus den israelischen Wahlen hervorgegangen. Scharon hatte dem israelischen Volk Sicherheit versprochen; doch der jüdische Staat und die autonomen palästinensischen Gebiete versanken mehr denn je in einem Strudel von Gewalt und Gegengewalt. Die neue Regierung trieb die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten unentwegt voran und liess keinen Zweifel, dass sie die bisherigen Nahost-Friedensabkommen als null und nichtig betrachtete. Die Palästinenser, in deren Reihen extremistische Organisationen wie Hamas und Islamischer Jihad immer grösseren Zulauf hatten, antworteten mit verstärktem Terror. Kaum eine Woche verging ohne schreckliche Selbstmordanschläge, die hunderte von Israelis in den Tod rissen. Die israelische Regierung reagierte ihrerseits mit immer härteren militärischen Massnahmen, die weite Teile der Autonomiegebiete trafen. Ramallah, Hebron, Kalkyia, Nablus, Beth-



Foto: Keystone

Gewalt und Gegengewalt: Auf palästinensische Selbstmordanschläge antwortete die israelische Armee mit Militäraktionen in den Autonomiegebieten.

lehem und zahlreiche weitere palästinensische Städte wurden von Panzern besetzt. Wochenlang belagerte die israelische Armee den Amtssitz von Palästinenserführer Jassir Arafat, dem die Regierung regelmässig die Verantwortung für die Terroranschläge in die Schuhe schob. Dies obwohl offenkundig war, dass Arafats Autorität längst nicht mehr ausreichte, um die Extremisten im eigenen Lager unter Kontrolle zu halten. Das rücksichtslose Vorgehen der Armee bei der Eroberung des Flüchtlingslagers Jenin, wo die Israelis ein Zentrum des palästinensischen Widerstandes vermuteten, führte zu weltweiten Protesten. Ungeachtet des palästinensischen Terrors sah sich der jüdische Staat mit einem rapiden Schwinden der Sympathien auch in der westlichen Welt konfrontiert. Doch obschon selbst die USA Israel zum unverzüglichen Rückzug aus den Autonomiegebieten aufforderten und sich nachdrücklich für die Schaffung eines Palästinenserstaates aussprachen, setzte Sharon seine Politik der harten Hand fort. Friedensperspektiven vermochte der Ex-General freilich keine zu eröffnen.

Konflikt um Kaschmir

Gefährliche Dimensionen nahm auch der Konflikt zwischen Indien und Pakistan an. Seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft und der Teilung des Subkontinents streiten sich In-

dien und Pakistan um die Herrschaft über Kaschmir. Zwei Drittel des Gebietes waren 1948 Indien zugeschlagen worden, obschon 75 Prozent der Bevölkerung Muslime sind. Mehrfach hatte der Konflikt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern geführt. Seit Ende der Achtzigerjahre leistete die muslimische Bevölkerung im indischen Teil Kaschmirs wachsenden Widerstand; 1990 nahm die «Jammu and Kashmir Liberation Front» ihren Kampf um die Unabhängigkeit eines vereinten Kaschmirs auf. Die Separatisten agierten von pakistanischem Gebiet aus. Für solche Terroraktionen machte Indien regelmässig Pakistan verantwortlich. Entlang der Waffenstillstandslinie kam es immer wieder zu Gefechten; allein von 1989 bis Ende 2001 verloren im Streit um Kaschmir schätzungsweise 30 000 Menschen ihr Leben. Ende 2001 eskalierte der Konflikt erneut, nachdem islamische Terroristen, die vermutlich den in Pakistan ansässigen Organisationen «Jaish-e-Mohammed» und «Lashkar-e-Taiba» angehörten, am 13. Dezember das indische Parlament in New Delhi angegriffen hatten. Dabei wurden neben den fünf schwer bewaffneten Angreifern auch sechs Polizisten und eine weitere Person getötet. Infolge dieser Provokation flammten die Kämpfe in den Grenzregionen Kaschmirs erneut auf. Vollends ausser Kontrolle zu geraten drohte der Konflikt nach weite-

ren Anschlägen im Mai 2002: Beide Seiten deuteten an, dass sie in einer bewaffneten Auseinandersetzung auch vor dem Gebrauch ihrer Atomwaffen nicht zurückschrecken würden.

Fortschritte in Osteuropa

Sowohl die USA als auch Russland und China bemühten sich, mässigend auf die Konfliktparteien in Südasien einzuwirken. Bemerkenswerterweise hatte der «11. September» die drei Mächte einander im Zeichen des Antiterrorkampfes näherrücken lassen. Der Volksrepublik machten Taiwan und Tibet auch Autonomiebestrebungen der muslimischen Minderheiten im fernen Westen des Landes zu schaffen. Russland sah sich in Tschetschenien in gewaltsame Auseinandersetzungen mit Separatisten verstrickt. Bemerkenswerterweise führte die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags von 1972 durch Präsident Bush zu keiner nachhaltigen Verstimmung zwischen den USA und Russland. Bush, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems im Weltraum vorantrieb, rechtfertigte die Kündigung des ABM-Vertrags mit der grundlegenden Veränderung der Weltlage und mit den durch den internationalen Terrorismus entstandenen neuen Bedrohungen. Überraschend einigten sich die USA und Russland auf eine weitergehende Reduktion ihrer Nukleararsenale, und Russland wurde offiziell in den Nato-Kooperationsrat aufgenommen.

Ungeachtet der verbreiteten Skepsis im eigenen Land trieb Präsident Putin die Annäherung an Europa und Amerika und die marktwirtschaftliche Erneuerung Russlands weiter voran.

Fortschritte auch in Südosteuropa: Unter europäischer und amerikanischer Vermittlung gelang es, den Konflikt in Mazedonien mit der albanischen Minderheit zu entschärfen. In Bosnien und Kosovo schritt der Befriedigungsprozess trotz Rückschritten voran, und die Bundesrepublik Jugoslawien schuf mit der Auslieferung des früheren Diktators Slobodan Milosevic ans Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag und dem Erlass eines Gesetzes, das weitere Auslieferungen möglich machte, Voraussetzungen für eine Annäherung an die europäische Staatengemeinschaft.

Eine europäische Währung

Europa erlebte einen historischen Schritt von grosser symbolischer Bedeutung: Vom 1. Januar 2002 an wurde der Euro, der seit 1999 vorerst als so genanntes «Buchgeld» gehandelt wurde, offizielles Zahlungsmittel in 12 der 15 EU-Staaten. Einzig Grossbritannien, Schweden und Dänemark entschieden sich, vorerst an ihren nationalen Währungen festzuhalten. Der Start der neuen Währung gestaltete sich problemlos: Insbesondere die südeuropäischen Länder trennten sich gern von ihren bisherigen schwachen Währungen, wäh-

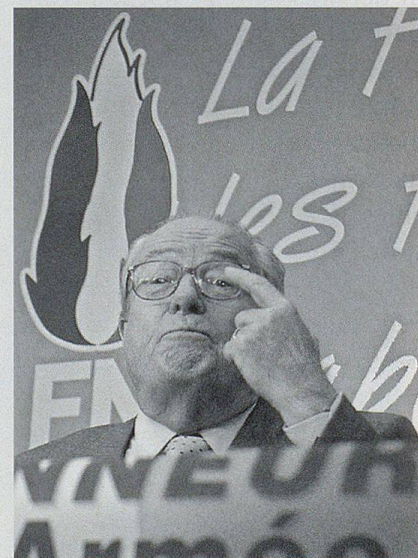


Am 1. Januar 2002 wurde der Euro in 12 der 15 EU-Länder offizielles Zahlungsmittel und löste damit die bisherigen Landeswährungen ab.

rend die Reaktionen in Ländern wie Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten gemischt blieben. Immerhin hatte der Euro seit 1999 gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem Schweizer Franken einiges von seinem Wert eingebüsst; gegenüber dem Franken reduzierte sich der Wert des Euros von anfangs 1,62 auf unter 1,5 Franken. Unterdessen beschäftigte sich die EU immer stärker mit den Problemen, die sich aus der geplanten Osterweiterung ergeben: Nach wie vor ungelöst ist die Frage der inneren Struktur und der Entscheidungsmechanismen einer auf 20 bis 25 Staaten erweiterten Gemeinschaft.

Rechtspopulistische Tendenzen

In Frankreich wurde Präsident Jacques Chirac Anfang Mai 2002 für fünf Jahre in seinem Amt an der Staatsspitze bestätigt. Neben dem offiziellen sozialistischen Bewerber, Premierminister Lionel Jospin, hatten zahlreiche weitere Linke und Grüne im ersten Wahlgang kandidiert – und damit prompt dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen, dem Chef des Front National, in die Hände gearbeitet: Mit knapp 18 Prozent der Stimmen kam Le Pen auf ein besseres Ergebnis als Jospin und verdrängte ihn damit aus der Stichwahl. Der Schock dieses ersten Wahlgangs führte in der Folge zu einem Zusammenrücken sämtlicher rechtsstaatlicher Kräfte gegen Le Pen,



In Frankreich schaffte der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen den Sprung in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen, wo er aber gegen Staatschef Jacques Chirac keine Chance hatte.

was Chirac zu einer triumphalen Wiederwahl mit rund 85 Prozent der abgegebenen Stimmen verhalf. Die Parlamentswahlen, die einen Monat später stattfanden, gaben Chirac auch eine komfortable Mehrheit in der Nationalversammlung, während Le Pens Nationale Front auf 12 Prozent zurückfiel.

Auch das vermeintlich so stabile Holland zeigte eine überraschende Anfälligkeit für rechts-populistische Thesen. Die etablierten Parteien hatten dem Land über Jahrzehnte hinweg Wohlstand und soziale Sicherheit vermittelt; in den letzten Jahren waren jedoch die Fundamente der Gesellschaft wie andernorts in Europa brüchig geworden. Pim Fortuyn, eine schillernde Figur, gab der Unzufriedenheit und den Zukunftsängsten eine Stimme; er sprach jene wachsende Minderheit in Holland an, die sich «von denen da oben» im Stich gelassen glaubte, und er scheute nicht vor handfesten ausländerfeindlichen Parolen zurück. Am 6. Mai, wenige Tage vor den Wahlen, wurde Fortuyn vor einem Radiostudio ermordet – ein Schock für das ganze Land. Bei den Wahlen, die trotzdem stattfanden, errang die LPF (Lijst Pim Fortuyn) auf Anhieb 26 Sitze im 150-köpfigen Parlament.

Dem konservativen Trend in Europa konnte sich auch Deutschland nicht entziehen. Trotz der persönlichen Popularität des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder zeichnete sich im Hinblick auf die Bundestagswahlen

vom 22. September eine Machtwechsel ab. Während die CDU/CSU unter ihrem Spitzenkandidaten Edmund Stoiber betont gemässigt auftrat, versuchte die FDP mit Israel-kritischen Tönen offenkundig Wählerschichten am rechten Rand des politischen Spektrums anzusprechen. Die

unschönen Diskussionen um «Antisemitismus» wurden zusätzlich angeheizt durch den Streit um eine Publikation des Schriftstellers Martin Walser, die als Abrechnung mit dem prominenten (jüdischen) Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki verstanden wurde.

Innenpolitischer Rückblick

Auch die Schweiz erlebte ein denkwürdiges Jahr. Nach dem 11. September mochten sich zwar viele Menschen noch in der vermeintlichen Sicherheit unserer Kleinstaatlichkeit und Neutralität wiegen; auch der Bundesrat beeilte sich zu betonen, die Gefährdungslage für unser Land habe sich nicht verändert. Wie verletzlich die freiheitliche Gesellschaftsordnung, die staatlichen Institutionen und die technischen Einrichtungen auch in der Schweiz sind, zeigte jedoch eine Serie unerwarteter Ereignisse dramatisch auf: der Überfall eines Amokläufers auf das Zuger

Kantonsparlament; der verheerende Brand im Gotthard-Strasentunnel, der Zusammenbruch der Swissair und der Absturz eines Crossair-Flugzeugs bei Basersdorf im Kanton Zürich.

Amoklauf im Zuger Parlament

Nur wenige Tage nach den Terroranschlägen von New York und Washington sah sich auch unser Land mit einer beispiellosen Bluttat konfrontiert: Am Morgen des 27. September drang ein schwer bewaffneter Mann ins Zuger Kantonsparlament ein



Fotos: Keystone

Nach dem Amoklauf im Zuger Kantonsrat: Parlamentsmitglieder und Journalisten warten vor dem Regierungsgebäude auf Hilfe.

und feuerte während Minuten gezielt auf die Regierungsbank, die Mitglieder des Kantonsrats und die anwesenden Journalisten. Am Ende blieben drei Regierungsräte – Monika Hutter-Häfliger, Peter Bosshard und Jean-Paul Flachsmann – sowie elf Mitglieder des Kantonsrats tot liegen. 15 Personen, unter ihnen Regierungspräsident Hanspeter Uster, wurden zum Teil schwer verletzt. Obschon die Amoktat das Werk eines einzelnen, offenkundig asozialen und mehrfach vorbestraften Menschen war und keinen terroristischen Hintergrund hatte, warf sie Fragen auf: Wie viel Schutz brauchen unsere demokratischen Institutionen, unsere Verwaltungen, unsere Politikerinnen und Politiker? Bedarf es einer verschärften Waffengesetzgebung? Sollen Armeeangehörige ihre persönlichen Waffen weiterhin bei sich zu Hause aufbewahren dürfen?

Dass die Sicherheitsvorkehrungen im Berner Bundeshaus und in den meisten Kantons- und Stadtparlamenten umgehend verschärft wurden, entsprach einem natürlichen Reflex. Andererseits warnten die Behörden zu Recht vor Überreaktionen: Die Grundlagen der offenen, freiheitlichen Gesellschaft dürften nicht auf dem Altar der Sicherheit geopfert werden. Auch die Mitglieder des Bundesrats liessen verlauten, dass sie sich nicht hinter Panzerglas und Bodyguards zu verschanzen gedachten. Freiheit und Risikobereit-



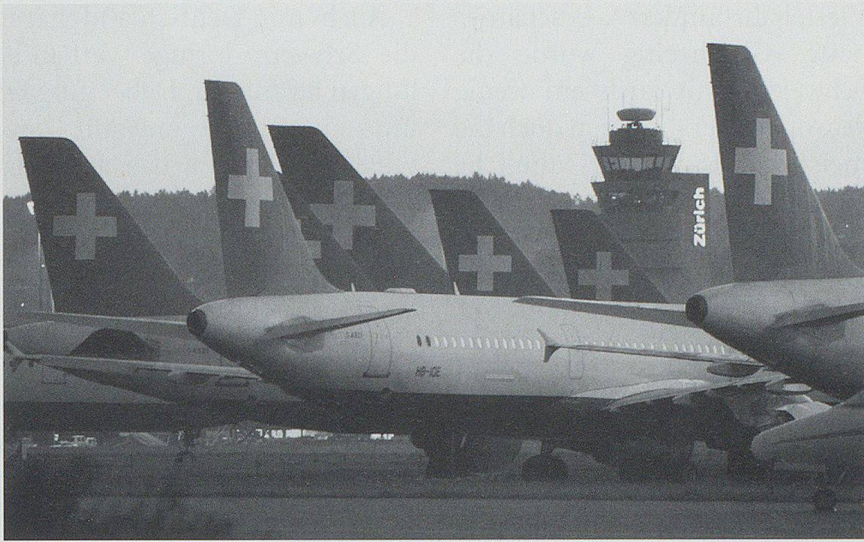
Nach dem Zusammenstoss zweier Lastwagen entstand im Gotthard-Strassentunnel ein Flammeninferno von über 150 Metern Länge.

schaft gehörten zu den Wesenselementen einer offenen Gesellschaft, betonte Bundespräsident Moritz Leuenberger in seiner viel beachteten Ustertags-Rede 2001: «Ohne Risiken gibt es keinen Fortschritt.» Die offene Gesellschaft müsse so gelebt werden, dass sie Freiheit und Sicherheit ermögliche. Denn ohne Freiheit, so Leuenberger, gebe es keine Sicherheit – und ohne Sicherheit keine Freiheit.

Inferno im Gotthard-Strassentunnel

Dass sich absolute Sicherheit nicht herstellen lässt, offenbarte auch die Katastrophe im Gotthard-Strassentunnel am 24. Oktober 2001. Ein Fahrfehler eines offenbar angetrunkenen türkischen Lastwagenfahrers genügte, um das schlimmstmögliche Katastrophen-Szenario eintreten zu lassen: Dem Tunnelbrand drei

Kilometer vom Südportal bei Airolo entfernt fielen elf Menschen zum Opfer. Ohne Sicherheitsstollen wäre die Zahl der Toten weit höher gewesen. Der Betroffenheit über das Unglück folgten Fragen nach dem Sinn und den Grenzen der Mobilität: Wie viele Güter sollen und können in Zukunft auf den Strassentransitrouten durch die Alpen transportiert werden? Während viele nach Kontingentierung, verschärften Kontrollen und energischen Massnahmen zur Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schienen riefen, erneuerten die Strassenverkehrsverbände und die bürgerlichen Parteien die Forderung nach einer zweiten Gotthard-Tunnelröhre für den Strassenverkehr. Am San Bernardino und nach der Wiedereröffnung des Gotthard-Tunnels führte der Bund ein straffes Dosierungssystem für durchfahrende Lastwagen ein. Das ganz gros-



Fotos: Keystone

Am 2. Oktober blieb die Swissair-Flotte am Boden. Auf der ganzen Welt sasssen rund 18 000 Swissair-Kunden fest.

se Chaos blieb den Transitkantonen zwar erspart; aber die Katastrophe im Gotthard-Tunnel zeigte mit aller Deutlichkeit, dass die Geografie der Alpen unserem Traum von unbeschränkter Mobilität natürliche Grenzen setzt.

Zusammenbruch der Swissair

Einen weiteren Schock erlebte die Schweiz mit dem Zusammenbruch der Swissair. Über Jahrzehnte hinweg war die nationale Fluggesellschaft ein wichtiger Identitäts- und Werbeträger gewesen. Als Folge der Terroranschläge in den USA geriet die hoch verschuldete Swissair in akute Liquiditätsschwierigkeiten. Am 2. Oktober bewegte sich nichts mehr: Die gesamte Flotte der Swissair blieb am Boden; zehntausende von Passagieren waren vom «Grounding» weltweit betroffen. Der schlimmstmögliche Fall für die Swissair

und das Image unseres Landes! Der Konkurs der einst so stolzen Firma, die nach dem EWR-Nein ihr Heil im Zukauf maroder Airlines in halb Europa gesucht hatte, liess sich nicht mehr abwenden. Die Aussicht auf den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen und die Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz insgesamt veranlassten schliesslich die Bundesbehörden zum Handeln: Unter der Leitung von Finanzminister Kaspar Villiger und von Peter Siegenthaler, Chef der Eidgenössischen Finanzverwaltung, wurde zusammen mit der Privatwirtschaft ein Paket geschnürt, das die Weiterführung der Swissair-Aktivitäten bis Ende März 2002 und die Ablösung durch eine neue Schweizer Airline vorsah. In einem Kraftakt sondergleichen stellten Bund, Kantone und Privatwirtschaft insgesamt 3210 Millionen Franken für «Phoenix plus» zur Verfügung.

Kern der neuen Airline, die den Namen «Swiss» erhielt, bildete die alte Crossair; gestartet werden sollte mit einem Flugzeugpark von 26 Kurz- und 26 Langstreckenmaschinen. Allen Schwierigkeiten zum Trotz gelang es dem Team um Crossair-Chef André Dosé, die neue Fluggesellschaft auf den 1. April 2002 startklar zu machen. Ungelöst blieb freilich die für die Zukunft der Swiss entscheidende Allianzfrage, und auch die Verschmelzung der beiden unterschiedlichen Firmenkulturen von Swissair und Crossair bereitete schier unüberwindliche Probleme.

Die ohnehin schwierige Übergangsphase wurde durch eine weitere Katastrophe belastet: Am 24. November stürzte eine Crossair-Maschine beim Landeanflug auf den Flughafen Kloten in ein Waldstück bei Bassersdorf. Traurige Bilanz: 24 Tote. Neun Menschen überlebten das Unglück. Die Katastrophe war aller Wahrscheinlichkeit nach auf menschliches Versagen zurückzuführen. Sekunden vor dem Aufprall hatten die Piloten noch versucht, ihren Jumbolino hochzuziehen.

Aussenpolitische Öffnung

Der «Katastrophenherbst» rief unserem Land in Erinnerung, dass es Wirtschaftskrisen, Terror, Natur- und Zivilisationskatastrophen ebenso ausgeliefert war wie andere Staaten. Die Schicksalsschläge dürften aber auch die Einsicht gefördert haben, dass die Schweiz von allen grossen

Menschheitsproblemen mitbetroffen ist. 1986 hatten Volk und Stände den Beitritt zur UNO noch mit 75 Prozent Nein verworfen. Beim zweiten Anlauf – am 4. März 2002 – klappte es: 54,6 Prozent der Stimmberechtigten sprachen sich für die Mitgliedschaft zur Weltorganisation aus. Den Ausschlag gaben bemerkenswerterweise die beiden ehemaligen Sonderbundskantone Luzern und Wallis mit Ja-Anteilen von je 51,5 Prozent; sie besiegelten das Ständemehr, das an diesem Abstimmungssonntag lange auf des Messers Schneide stand. In den beiden Appenzeller Halbkantonen kamen zwar keine befürwortenden Mehrheiten zustande; aber auch ihre Resultate – 45,5 respektive 32,5 Prozent Ja – offenbarten, wie viel sich seit der UNO-Abstimmung von 1986 verändert hatte. Bereits am 10. Juni 2001 hatte das Schweizer Volk mit der Zustimmung zur Revision des Militärgesetzes – sie ermöglicht die Bewaffnung von Schweizer Truppen im Ausland zum Selbstschutz – ein Zeichen der aussenpolitischen Öffnung und Solidarität gesetzt.

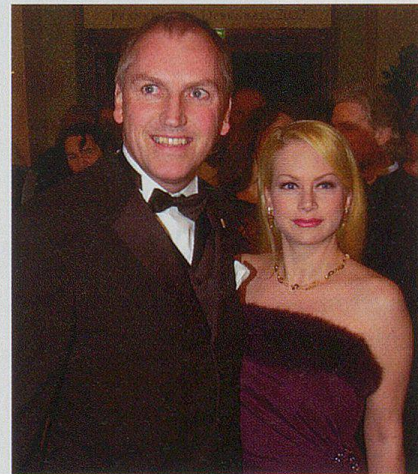
Auch am 2. Juni 2002 setzten die Stimmberechtigten auf eidgenössischer Ebene ein Zeichen: Mit einem Ja-Stimmenanteil von 72,2 Prozent hiessen sie die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen gut. Mit der Annahme der Fristenregelung konnte ein rechtliches Problem bewältigt werden, das die helvetische Politik seit über einem

Vierteljahrhundert beschäftigt hatte. Gleichzeitig wurde die Schweiz damit auch ein wenig «europäischer», kennen doch die meisten EU-Staaten ähnliche Fristenregelungen.

Europa ein Stück näher

Am 1. Juni 2002 traten die bilateralen Abkommen mit der EU in Kraft. Neuneinhalb Jahre nach der Verwerfung des EWR-Abkommens konnte die Schweiz damit ihr Verhältnis zur Europäischen Union endlich in einigen wesentlichen Bereichen normalisieren. Für unser Land von besonderem Wert waren die Abkommen über die Personenfreizügigkeit, über den Land- und über den Luftverkehr; aber auch die Verträge über Landwirtschaft, Beschaffungswesen, Forschung und Handelshemmnisse dürften unserem Land Vorteile bringen. Bereits bevor die Abkommen in Kraft treten konnten, kristallisierten sich weitere Bereiche heraus, die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU nötig machten. Knackpunkte bilden dabei die von der EU gewünschte Zinsbesteuerung, die Betrugsbekämpfung sowie Sicherheit und Asylwesen (Abkommen von Schengen und Dublin). Allerdings machte die Schweiz von Anfang an klar, dass sie dem Druck der EU auf Abschaffung des Bankgeheimnisses nicht nachzugeben bereit war. Das zweite bilaterale Paket dürfte folglich mindestens so schwierig zu schnüren sein.

Auch mit Deutschland hatte die Schweiz dornige Verhandlungen zu führen. Dabei ging es um ein Lärmregime für den Flughafen Kloten, das namentlich den Interessen der süddeutschen Bevölkerung Rechnung tragen sollte. Der Staatsvertrag, den Bundesrat Moritz Leuenberger und der deutsche Verkehrsminister aushandelten und der am 18. Oktober in Bern unterzeichnet wurde, entfaltete umgehend Wirkung, indem das Nachtflugverbot über deutschem Gebiet von 5 auf 8 Stunden verlängert wurde. Kernpunkt des Vertrages war eine Absenkung der Zahl der Anflüge über deutschem Gebiet von jährlich 150 000 auf unter 100 000 ab 2005. Ferner war im Vertrag eine Flugsperre zwischen 20 und 9 Uhr an Wochenenden über süddeutschem Gebiet vorgesehen.



Das Botschafter-Ehepaar Borer-Fielding beschäftigte nicht nur die Boulevardmedien, sondern auch den Bundesrat. Die Abberufung aus Berlin sorgte in der Öffentlichkeit für erheblichen Unmut.

Das Abkommen stiess insbesondere im Kanton Zürich, beim Flughafen Kloten und bei der neuen Airline Swiss auf entschiedene Opposition. Kritisiert wurde vor allem die Ungleichbehandlung des Zürcher Flughafens gegenüber deutschen Flughäfen, die sich nicht annähernd so einschränkende Vorschriften gefallen lassen mussten. Während der Bundestag das Abkommen ratifizierte, zeichnete sich in den eidgenössischen Räten eine schroffe Ablehnung ab.

Die deutsche Öffentlichkeit interessierte sich kaum für den Staatsvertrag. Umso mehr Wellen warf in Berlin die Affäre Borer. Der Schweizer Botschafter hatte in der deutschen Hauptstadt, assistiert von seiner Gattin Shawne Fielding, eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Leben gespielt und sich dabei auch von der Boulevardpresse hofieren lassen. Als die Ringier-Presse aber über eine angebliche Sex-Affäre Borers berichtete, reagierte der Spitzendiplomat und diplomatisch unprofessionell und verwickelte sich in Widersprüche. Bundesrat Joseph Deiss, der Borer wegen anderer Eskapaden bereits zweimal verwarnet hatte, reagierte umgehend: Borer wurde vom Gesamtbundesrat mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben. Borers Fall stiess in Teilen der Öffentlichkeit auf Unverständnis und Entrüstung. Gleichzeitig warf er medienethische Fragen auf: Haben Medien das Recht, das Privatleben öffentlicher Per-



Fotos: Keystone3

Die Landesausstellung Expo.02 stiess bei der Bevölkerung auf überraschend positive Reaktionen.

sonen schonungslos zu durchleuchten? Oder haben auch Prominente ein Recht auf Respektierung ihrer Privatsphäre? Im Fall Borer waren die Voraussetzungen insofern speziell, als das Ehepaar sein Privatleben bewusst in aller Öffentlichkeit zelebriert hatte.

Expo-Lust

Nach dem Frust die grosse Lust: Fristgerecht konnte die Expo.02 ihre Tore am 15. Mai 2002 öffnen. Auf vier Standorte – Biel, Neuenburg, Murten und Yverdon – verteilt, war diese sechste Landesausstellung anders als alle vorangegangenen: eine «Bühne», die vielfältige Facetten der Schweiz reflektierte und zu lustvoller Auseinandersetzung mit dem eigenen Land einlud. Mehrfach hatte das Schicksal der Landesausstellung an einem dünnen Faden gehangen, zuletzt in der Märzsession der eidgenössischen

Räte, als nochmals über einen Zusatzkredit entschieden werden musste. Nach der an Dramatik reichen Vorgeschichte war es allerdings beeindruckend, wie grossen Anklang die Expo.02 bei der Bevölkerung fand. Bereits nach weniger als drei Wochen wurde die Schwelle von einer Million Besuchern überschritten, und Expo-Generaldirektorin Nelly Wenger konnte eine überaus positive Zwischenbilanz ziehen: «Spielen, betrachten, experimentieren, spüren: Die Besucherinnen und Besucher zeigen eine grosse Lust, sich zu vergnügen und zu geniessen. Man spürt eine Schweiz, die sich auf diese von Wasser umgebene Expo einlassen will. Es herrscht ein Verlangen nach fließender Lebendigkeit – ein Streben, allzu stark Verkrustetes aufzulockern. Drückt diese Schweiz inmitten von fließendem Wasser auch eine Sehnsucht nach mehr Leichtigkeit aus?»